



Newsletter „Eimischen“

Ausgabe 2/2026 | 30. Juni 2026

Inhalt

Editorial	2
Förderung politischer Partizipation	2
<i>Debattieren für Alle – Wie läuft's?</i>	2
Öffentlichkeitsbeteiligung aktuell	3
<i>Kölner Beteiligungsportal jetzt mit Benachrichtigungsservice</i>	3
<i>Online-Beteiligung und Bürgerwerkstatt zum Stadtgrün im Stadtbezirk Lindenthal</i>	3
<i>Modellprojekt „Lebenswertes Winzerveedel – Gut unterwegs, gerne da!“</i>	4
<i>GRÜNGÜRTEL Parkstadt Süd – Neue Beteiligungsphase gestartet</i>	5
Kölner Infrastruktur für Öffentlichkeitsbeteiligung	5
<i>Beratungsgremium Öffentlichkeitsbeteiligung neu konstituiert</i>	5
Kölner Akteure für Engagement und Beteiligung	13
<i>Engagement gegen Obdachlosigkeit: 10 Lösungsvorschläge der „Freunde der Kölner Straßen und ihrer Bewohner“</i>	13
<i>Die neue „Interessengemeinschaft Lebenswerter Gürtel“</i>	13
Forum Partizipation	14
<i>Öffentlichkeitsbeteiligung als Instrument der Bodenspekulation?</i>	14
Hinweise – Tipps – Veranstaltungen – Literatur und anderes mehr zum Thema „Partizipation“	18
<i>(Erfolgreiche) Ankunftsquartiere als Teilhabemaschinen</i>	18
<i>Literaturempfehlungen: Bürgerbeteiligung und Demokratie</i>	19
<i>„INSIDE KÖLN“ – Neue Podcastfolge zu Öffentlichkeitsbeteiligung</i>	20
<i>Gemeinsam für das Gemeinwohl in der Kommune – Beispiel Leipzig</i>	21
<i>Termine: Offene Dialogformate in Köln im Juli und August</i>	21
<i>Termine: Fachveranstaltungen zu Bürgerbeteiligung und Partizipation</i>	21
Impressum	23

Editorial

Liebe Beteiligungsinteressierte,

das **Beratungsgremium Öffentlichkeitsbeteiligung** hat sich konstituiert. Wir stellen das Gremium und seine Mitglieder vor.

Weiter informieren wir über **Beteiligungsverfahren** ("Winzerveedel", "Grüngürtel Parkstadt Süd", "Stadtgrün Lindenthal") und diskutieren in der Rubrik "Forum" mit der Initiative #BodenwendeKöln die **Problematik investorengetriebener Beteiligungsverfahren**.

In der Rubrik "Akteure" stellen wir wieder **Kölner Initiativen** vor. Und schließlich gibt es wieder zahlreiche **Literatur- und Veranstaltungstipps** rund um die Themen "Demokratie und Partizipation".

Nicht zuletzt möchten wir auf unseren Beitrag in eigener Sache zur **Förderung politischer Teilhabe** hinweisen: Wir laden Sie ein, sich mit einer Spende für unsere Aktivitäten selbst politische zu beteiligen.

Wir wünschen Ihnen Freude und Inspiration bei der Lektüre. Und: Wir freuen uns auf Ihre Beiträge, die wir auf unserer Website und im nächsten Newsletter (Ende September) veröffentlichen können.

Ihr Redaktionsteam "Einmischen"

Förderung politischer Partizipation

In dieser Rubrik informieren wir über Aktivitäten und Maßnahmen des Bereichs "Politische Partizipation" der Kölner Freiwilligen Agentur.

Debattieren für Alle – Wie läuft's?

Debattieren können stellt eine Grundfertigkeit für die aktive Teilnahme an demokratischen Prozessen dar. Deshalb ist uns im *Bereich Politische Partizipation* der *Kölner Freiwilligen Agentur* die Förderung der Debattenkultur an Kölner Schulen eine Herzensangelegenheit. Unter dem Titel **Debattieren für alle!** bietet die Kölner Freiwilligen Agentur Kölner Schulen an, in ihren Ganztagen Debattier-AGs einzurichten, angeleitet und betreut von Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtlern, die wir als *Kölner Freiwilligen Agentur / Bereich Politische Partizipation* vermitteln. Mit unserem Angebot möchten wir insbesondere Haupt-, Real- und Gesamtschulen ermöglichen und ermutigen, Debattier-AGs anzubieten.

Seit diesem Schulhalbjahr laufen die ersten Debattier-AGs an Kölner Schulen, die von den Ehrenamtler:innen unseres Projekts in´s Leben gerufen wurden: Fünftklässler:innen an der neu gegründeten Gesamtschule Kalk und Schüler:innen der 7. Klassen an der Katharina-Henoth-Gesamtschule in Höhenberg debattieren seitdem einmal in der Woche zu Themen wie: „Sollte jeder Schultag mit Sportunterricht beginnen?“ „Sollten Kinder und Jugendliche wählen dürfen?“ „Sollten Kinder im Haushalt helfen müssen?“. Nach einer kurzen Aufwärm- und Kennenlernphase mit fragenbasierten Bewegungsspielen waren wir überrascht, wie ausgeprägt das Interesse der 11 bis 14-jährigen am regelbasierten Debattieren ist.

Aufgrund des mehrfach geäußerten Wunsches einiger Schulen, ihren Schüler:innen halb- bis mehrtägige Workshopformate (z.B. für Demokratietage oder Projektwochen) anzubieten, erarbeiten

wir derzeit zusätzlich einen „Baukasten“ aus Spielen, Übungen und (Debatten)fragen, aus denen je nach Bedarf ein maßgeschneidertes Angebot zusammengestellt werden kann.

Debattieren für Alle! entpuppt sich im Tun als ein Projekt, bei dem wir Ehrenamtler:innen und Organisator:innen genauso viel lernen wie die Kinder und Jugendlichen an den Schulen. Es ist ein dauerndes Nachdenken über die Grundlagen eines regelbasierten und zugleich lebendigen Miteinanders. Das ist anstrengend, macht aber auch sehr viel Spaß und lässt uns die Welt teilweise mit neuen Augen sehen.

Wenn Sie Interesse haben, eine Debattier-AG anzuleiten oder an Ihrer Schule eine solche einrichten möchten, nehmen Sie gerne Kontakt zu uns auf: boris.sieverts@koeln-freiwillig.de
Tel. 0221-888278-16

Debattieren für Alle! wird unterstützt durch das Förderprogramm „Hier mit Herz“ der Sparkasse KölnBonn.

Öffentlichkeitsbeteiligung aktuell

In dieser Rubrik informieren über aktuelle, zurückliegende oder auch geplante Beteiligungsverfahren der Stadt Köln wie auch anderer Akteure.

Informationen zu allen aktuellen **Beteiligungsverfahren der Stadt Köln** sowie zu allen abgeschlossenen Verfahren sind auf dem [Kölner Beteiligungsportal](#) zu finden.

Kölner Beteiligungsportal jetzt mit Benachrichtigungsservice

Das Beteiligungsportal der Stadt Köln „[meinungfuer.koeln](#)“ bietet ab sofort eine Abo-Funktion. Hiermit können Interessierte Infos zu bestimmten Inhalten bzw. Beteiligungsverfahren in einem oder mehreren der Kölner Stadtbezirke erhalten. Dieser Service ist das Ergebnis einer Online-Beteiligung, mit der erkundet wurde, was Interessierten bei einer Benachrichtigungsfunktion am wichtigsten ist.

Alle Infos zur Abo-Funktion sind hier zu finden: [meinungfuer.koeln/abo-funktion](#)

Online-Beteiligung und Bürgerwerkstatt zum Stadtgrün im Stadtbezirk Lindenthal

Seit dem 22. Juni gibt es eine [Online-Beteiligung zum Erhalt bestehender Grünflächen und zur Identifizierung möglicher neuer Grünflächen im Stadtbezirk Lindenthal](#). Auf der interaktiven Online-Karte können bis zum 5. Juli 2026 Ideen zu konkreten Orten eintragen werden. Dabei stehen verschiedene Kategorien zur Auswahl: „Mehr Grün“, „Mehr Vielfalt“, „Weniger Konflikt“, „Punktuelle Maßnahmen“.

Ergänzend ist für den **4. Juli 2026** eine [Bürgerwerkstatt in der Kunsthalle Lindenthal](#) (Aachener Str. 220, 50931 Köln) geplant.

Hintergrund: „Programm Stadtgrün“

Seit Frühjahr 2021 wird auf Beschluss des Stadtrates der Masterplan Stadtgrün entwickelt. In der ersten Bearbeitungsphase – „**Grüne Infrastruktur Köln**“ – wurden alle Bestandteile der Grünen Infrastruktur Kölns erfasst, gesichert und qualifiziert => [Weitere Informationen zum Masterplan Stadtgrün](#)

In der zweiten Phase – „**Programm Stadtgrün**“ – werden auf Ebene der Stadtbezirke unter anderem Potenzialflächen für Grün und Möglichkeiten zur Entsiegelung gesammelt. Ziel des Programms ist die gerechte Verteilung und die nachhaltige Nutzung der Grünflächen innerhalb des Stadtgebiets. Dazu können die Bewohnerinnen und Bewohner konkrete Verbesserungsvorschläge im Hinblick auf die Grün- und Freiflächen ihres Stadtbezirkes machen und dazu beitragen, dass die Stadt Köln den konkreten Handlungsbedarf erkennt.

Modellprojekt „Lebenswertes Winzerveedel – Gut unterwegs, gerne da!“

Öffentlichkeitsbeteiligung bis Mitte August 2026

Wie lässt sich ein ruhiges und grünes Viertel gestalten? Und wie kann die Mobilität vor der eigenen Haustür zukunftsfähig ermöglicht werden? Diese Fragen stehen im Mittelpunkt des Modellprojekts „Lebenswertes Winzerveedel – Gut unterwegs, gerne da!“. Die Stadt Köln beginnt nun für dieses Projekt mit der Öffentlichkeitsbeteiligung vor Ort. Mithilfe der ansässigen Menschen und weiteren lokalen Akteur*innen möchte sie ein innovatives Mobilitätskonzept für das Viertel entwickeln. Auch möchte sie Erkenntnisse für weitere Projekte gewinnen. Das Winzerveedel wird durch die folgenden Straßen umschlossen: die Eifelstraße, die Pfälzer Straße, den Salierring, die Luxemburger Straße und die Moselstraße.

Von der Bürgereingabe zum Modellprojekt

Den Impuls zu einem verkehrsberuhigten und begrünten Winzerveedel gab eine Bürgereingabe in der Bezirksvertretung Innenstadt. Daraufhin hat die Politik beschlossen, dass die Verwaltung das Gebiet als Modellprojekt betrachten und einen entsprechenden Plan erstellen soll. Die Stadt Köln hat nun das Konzept zur Öffentlichkeitsbeteiligung entwickelt und erste Vorplanungen angestellt.

Das Modellprojekt teilt die Ziele nachhaltigen Mobilitätsplans „Besser durch Köln“, mit dem die Stadt Köln etwa kurze Wege und Orte zum Verweilen innerhalb der Veedel ermöglichen sowie die Erreichbarkeit sicherstellen möchte. Die Menschen sollen sich wohl und sicher fühlen, wenn sie unterwegs sind. Auch die Ergebnisse des ersten Kölner Bürgerrats möchte die Stadt Köln im Winzerveedel berücksichtigen. In diesem hatten die Teilnehmer*innen im vergangenen Jahr Ziele und Maßnahmen erarbeitet, wie die Stadt Köln die Veedel mobil und lebenswert gestalten kann.

Stadtmobiliar schafft Raum für Begegnung

Ab Mitte Mai wird für drei Monate ausgewähltes Stadtmobiliar mit Sitzmöglichkeiten und Pflanzkübeln in den Straßenzügen aufgestellt. Es soll nicht nur Aufmerksamkeit für das Projekt wecken, sondern auch neue Orte zum Verweilen, für Begegnungen und Austausch im Viertel schaffen. Um Platz für die Möbel zu gewinnen, werden etwa 15 der rund 425 Parkplätze im Viertel von Mitte Mai bis Mitte August damit bestückt.

Verschiedene Beteiligungsformate

Das Projekt lebt von der Mitwirkung der Öffentlichkeit. In den kommenden Wochen und Monaten bietet die Stadt Köln dafür verschiedene Beteiligungsformate an, die auf folgender Seite angekündigt werden: www.meinungfuer.koeln/winzerveedel.

Am 28. Mai findet eine Auftaktveranstaltung zur Öffentlichkeitsbeteiligung statt, bei der das Projekt und die verschiedenen Beteiligungsphasen- und stufen vorgestellt werden. Die Veranstaltung findet von 18-20 Uhr im Kleinen Saal des Sachsenturms statt (Blaue-Funken-Weg 2, 50677 Köln).

Hintergrundinformationen zum Bürgerrat gibt es hier: [LINK](#)

Weitere Informationen zum nachhaltigen Mobilitätsplan „Besser durch Köln“ gibt es hier: [LINK](#)

Beiträge und Ideen der „Interessengemeinschaft Winzerveedel“ finden Sie [hier](#).

GRÜNGÜRTEL Parkstadt Süd – Neue Beteiligungsphase gestartet

Mit der Neuanlage und dem Ausbau des Inneren Grüngürtels zwischen Luxemburger Straße und Rheinufer plant die Stadt eine neue 2,5 Kilometer lange innerstädtische Grünanlage für Erholung, Bewegung, Sportnutzung, Begegnung und Freiraumerlebnis. Die Parklandschaft soll ein Gleichgewicht zwischen städtischer Entwicklung und ökologischen und klimatischen Ausgleichsräumen, zwischen aktiver Freizeitnutzung für Spiel und Sport und stilleren Rückzugsräumen, zwischen hochwertiger Gestaltung und ökonomischer Machbarkeit schaffen. Damit soll der neue Parkteil den vielfältigen sozialen, klimatischen und ökologischen Ansprüchen gerecht werden und einen bedeutsamen Mehrwert für alle Kölner*innen darstellen.

Öffentlichkeitsbeteiligung wurde

Bereits im Jahr 2022 konnten Interessierte sich an einer [Online-Beteiligung](#), per Briefkasten-Aktion und in mehreren Spaziergängen informieren, Kritik und Zustimmung äußern und ihre Ideen einbringen. Im Frühjahr 2025 fand ein weiterer Beteiligungstermin im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung zum Bebauungsplanverfahren statt.

Nun ging die Öffentlichkeitsbeteiligung zur Vollendung des Inneren Grüngürtels in der Parkstadt Süd in die nächste Runde: In diesem Frühsommer sind Pop-Up-Workshops (vor Ort) zum konkreten Gestaltungsentwurf und im Herbst ist ein Feedback-Workshop geplant. Vorher wird eruiert, von welchem Personenkreis und wie der Innere Grüngürtel bisher genutzt wird. Vom 18. Mai bis zum 7. Juni 2026 konnten mit einer Online-Beteiligung weitere Ideen eingebracht werden.

Weitere Informationen zum Beteiligungsverfahren zum Grüngürtel Parkstadt Süd finden Sie hier: [LINK](#)

Eine kritische Einschätzung zur Parkstadt Süd und der damit zusammenhängenden Aufgabe des Kölner Großmarkts im Jahre 2025 können Sie hier nachlesen: [LINK](#)

Kölner Infrastruktur für Öffentlichkeitsbeteiligung

In dieser Rubrik informieren wir aus dem kooperativen Büro für Öffentlichkeitsbeteiligung (Stadt Köln & Kölner Freiwilligen Agentur) sowie aus dem Beratungsgremium Öffentlichkeitsbeteiligung

Beratungsgremium Öffentlichkeitsbeteiligung neu konstituiert

Am 2. Juni ist das Beratungsgremium Öffentlichkeitsbeteiligung zum ersten Mal seit seiner neuen Besetzung nach der Kommunalwahl zusammengekommen. Das [Gremium berät den Ausschuss \(des Rates\) für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden](#) zu Grundsatzfragen der Beteiligungskultur in Köln sowie zur Umsetzung und Weiterentwicklung der Leitlinien für Öffentlichkeitsbeteiligung.

Das Beratungsgremium setzt sich in der neuen Ratsperiode aus 16 Einwohner*innen der Stadt Köln zusammen, die im Gremium jeweils zu zweit eine von insgesamt acht unterschiedlichen gesellschaftlichen Perspektiven einnehmen (Jugend, Senioren, Inklusion, Migration, Quartier, zivilgesellschaftliche Organisationen, queere Community, Wirtschaft).

Die Mitgliedschaft erfolgt, gemäß Geschäftsordnung, auf Vorschlag des kooperativen Büros für Öffentlichkeitsbeteiligung, das sich aus dem städtischen sowie dem bei der KFA angesiedelten

stadtgesellschaftlichen Büro für Öffentlichkeitsbeteiligung zusammensetzt. Über die Zusammensetzung des Gremiums entscheidet abschließend der Rat der Stadt Köln.

Im Folgenden möchten wir Ihnen die Gremiumsmitglieder kurz vorstellen. Sofern vorhanden, haben wir den Kurzportraits ein Foto sowie zwei Fragen hinzugefügt, die zu beantworten wir die Mitglieder gebeten haben:

Alisa Dumke

Als Mitarbeiterin der *Partnerschaften für Demokratie Köln* verfügt Alisa Dumke über langjährige Erfahrung in der Stärkung bürgerschaftlichen Engagements. Ihr Fokus liegt auf der Förderung von Selbstwirksamkeit durch partizipative Maßnahmen und innovative Formate im direkten Lebensumfeld. Sie ist gut mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen vernetzt und kennt vielfältige Ansätze der Öffentlichkeitsbeteiligung. Auch privat engagiert sie sich umfassend ehrenamtlich, insbesondere in den Bereichen Inklusion und Bildung. Im Beratungsgremium vertritt Alisa die Perspektive „Zivilgesellschaft“



Mit welchen Vorstellungen gehen Sie in das Beratungsgremium Öffentlichkeitsbeteiligung?

Die Mitglieder arbeiten auf Grundlage ihrer verschiedenen Perspektiven und Hintergründe gemeinsam daran, die städtischen Beteiligungsstrukturen weiterzuentwickeln. Ich selbst werde dabei sicherlich noch einiges über die bereits bestehenden Verfahren und Möglichkeiten lernen.

Was ist Ihnen besonders wichtig aus der Perspektive, die Sie im Gremium vertreten?

Ich möchte zivilgesellschaftliche Vereine und Organisationen, die in diesen Zeiten immer mehr unter Druck geraten, darin bestärken, sich weiterhin einzubringen und demokratische Möglichkeiten der Beteiligung sowie des Widerstandes zu nutzen, um so die demokratische Resilienz zu stärken.

Hans Kummer

Hans' Engagement für Partizipation in der Stadtentwicklung reicht zurück bis zum Leitbildprozess „Köln 2020“ (2002) und setzt sich fort über die Mitarbeit in der BI Helios und bei **allen** größeren Beteiligungsformaten zum Städtebau in Köln. Er ist das „dienstälteste“ Mitglied des Beratungsgremiums Öffentlichkeitsbeteiligung und war 2014 Mitbegründer des Bündnisses „Köln Mitgestalten“ als Vertretung zahlreicher bürgerschaftlicher Initiativen und Gruppen. Das von Köln Mitgestalten erarbeitete „Positionspapier“ zur Bürgerbeteiligung und die Durchführung der Veranstaltungsreihe „Abende des guten Gesprächs“ mit Vertreter:innen aus Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung waren wesentliche Impulse, aus denen später der Leitlinienprozess und die Erarbeitung der Systematischen Öffentlichkeitsbeteiligung hervorgingen. Neben seinem Engagement im Beratungsgremium engagiert sich Hans im Vorstand des *Hauses der Architektur Köln* (HdAK). Im Beratungsgremium vertritt Hans die Perspektive „Zivilgesellschaft“.

Mit welchen Vorstellungen gehen Sie in das Beratungsgremium Öffentlichkeitsbeteiligung?

Ich möchte die bisherige gute Arbeit im Gremium fortsetzen, den guten Kontakt zu Politik und Verwaltung weiter vertiefen und verfestigen im Sinne von „Selbstverständlichkeit“, Akzeptanz und Respekt. Die Belange der einzelnen Perspektiven möchte ich noch deutlicher herausarbeiten und zu einem „Ganzen“ konstruktiv verschmelzen. Außerdem möchte ich dazu beitragen, den Bekanntheitsgrad der aktiven Beteiligungsmöglichkeiten in der Stadt zu steigern.

Was ist Ihnen besonders wichtig aus der Perspektive, die Sie im Gremium vertreten?

Aktive Beteiligung ist ein für unser Demokratieverständnis wesentliches Element. Ich möchte die Initiativen in Köln ermutigen, sich einzubringen und Beteiligung von unten nach den Regeln der Leitlinien auch aktiv einzufordern. Beteiligung soll und darf nicht Beschäftigungstherapie oder Ablenkung von eigentlich wichtigen Themen sein.

Ruth zum Kley

leitet das *KKT. Kölner Künstler:innen Theater* in Ehrenfeld. Als Regisseurin, Theaterleiterin und Trainerin setzt sie sich seit vielen Jahren für Begegnung, Teilhabe und gesellschaftlichen Dialog ein. In ihrer Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen verbindet sie kulturelle Bildung mit Themen wie Migration, Integration, Inklusion und demokratischer Mitgestaltung. Durch ihre Tätigkeit im Theater, in Schulen und in der Erwachsenenbildung kennt sie unterschiedliche Lebenswelten und Perspektiven. Beteiligung versteht sie als Möglichkeit, Menschen miteinander ins Gespräch zu bringen, unterschiedliche Erfahrungen sichtbar zu machen und gemeinsames Gestalten zu ermöglichen. Im Beratungsgremium vertritt Ruth die Perspektive „Migration“.



Mit welchen Vorstellungen gehen Sie in das Beratungsgremium Öffentlichkeitsbeteiligung?

Ich wünsche mir Beteiligungsprozesse, die viele Menschen erreichen und unterschiedliche Perspektiven sichtbar machen. Besonders interessiert mich die Frage, wie Beteiligung so gestaltet werden kann, dass Menschen sich eingeladen fühlen, ihre Erfahrungen, Sichtweisen und Ideen aktiv einzubringen. Das Beratungsgremium sehe ich als Ort des Austauschs, des gemeinsamen Lernens und der Frage, wie Beteiligung in Köln möglichst zugänglich, vielfältig und wirksam gestaltet werden kann.

Was ist Ihnen besonders wichtig aus der Perspektive, die Sie im Gremium vertreten?

Aus der Perspektive „Migration“ ist mir wichtig, den Blick auf Zugänge, Teilhabe und Zugehörigkeit zu richten. Eine zentrale Frage ist für mich, wer sich tatsächlich eingeladen, angesprochen und gehört fühlt. Ebenso wichtig ist, dass Menschen die Möglichkeit haben, ihre eigenen Erfahrungen und Perspektiven selbst zu erzählen und mit ihrer Stimme am gesellschaftlichen Dialog teilzunehmen. Beteiligung wird stärker, wenn unterschiedliche Lebensrealitäten sichtbar werden und Menschen erleben, dass ihre Sichtweisen und Beiträge wirksam werden können.

Elizaveta Khan

Als Mitbegründerin und Geschäftsführerin des *Integrationshaus e.V.* in Kalk setzt sich Lisa seit vielen Jahren für demokratische Teilnahme und Teilhabe sowie für eine diversitätssensible Haltung ein – getragen von fachlicher Expertise und persönlicher Überzeugung. Auch die zwölf Jahre im Vorstand der *Bürgerstiftung KalkGestalten* haben ihr gezeigt, wie viel gemeinsames Handeln bewirken kann. Mit ihrem intersektionalen Blick, Freude an Zusammenarbeit und vielfältigen Erfahrungen möchte sie dazu beitragen, die Beteiligung offener, gerechter und menschlicher zu gestalten.



Im Beratungsgremium vertritt Lisa die Perspektive „Migration“.

Mit welchen Vorstellungen gehen Sie in das Beratungsgremium Öffentlichkeitsbeteiligung?

Ich gehe mit dem Anspruch in das Gremium, Öffentlichkeitsbeteiligung nicht als Selbstzweck zu verstehen, sondern als echtes Instrument demokratischer Mitgestaltung. Beteiligung muss dort ankommen, wo sie gebraucht wird – bei Menschen, die strukturell weniger Gehör finden. Ich möchte dazu beitragen, Formate und Prozesse zu entwickeln, die zugänglich, mehrsprachig und wirklich offen sind. Dabei bringe ich eine intersektionale Perspektive mit: Wer wird eingeladen? Wessen Stimme zählt? Wie schaffen wir Räume, in denen Vielfalt nicht toleriert, sondern als Stärke genutzt wird?

Was ist Ihnen besonders wichtig aus der besonderen Perspektive, die Sie im Gremium vertreten?

Als Person mit langjähriger Erfahrung in migrantischer Selbstorganisation und zivilgesellschaftlichem

Engagement ist mir besonders wichtig, dass Beteiligung keine Einbahnstraße ist. Menschen mit Migrationsgeschichte, mit wenig institutioneller Macht oder mit anderen Lebensrealitäten müssen nicht nur einbezogen, sondern als gleichwertige Gestalter:innen ernst genommen werden. Ich möchte sicherstellen, dass das Gremium diese Perspektiven aktiv sucht – und nicht erst dann einbezieht, wenn Entscheidungen bereits gefallen sind oder nur einbezieht, wenn es um „Interkulturalität“ geht.

Sandra Jasper

Als Sozialraumkoordinatorin im Bereich Mülheim-Nord/Keupstraße ist Sandra mit zahlreichen Beteiligungsprozessen beschäftigt, darunter dem Kampf um die Realisierung des NSU-Mahnmals sowie der Belebung und Verbesserung des Wiener Platzes. Begonnen hat diese Beschäftigung vor über zehn Jahren mit dem „Raum ganz schön Kalk“ in dem die Bewohner des Stadtteils eigene Ideen umsetzen konnten. Von der Mitarbeit im Beratungsgremium Öffentlichkeitsbeteiligung erhofft Sandra sich einen Transfer der Erkenntnisse aus ihren eigenen Beteiligungserfahrungen in die formellen Beteiligungsprozesse der Stadt Köln und umgekehrt. Im Beratungsgremium vertritt Sandra die Perspektive „Quartier“



Mit welchen Vorstellungen gehen Sie in das Beratungsgremium Öffentlichkeitsbeteiligung?

Seit zweieinhalb Jahren bin ich als Sozialraumkoordinatorin mit Beteiligungsprozessen in Mülheim beschäftigt. Was deutlich wird: Es braucht einen langen Atem. Für die Teilnahme am Gremium wünsche ich mir einen offenen Austausch von Wissen und Erfahrungen. Wie können Beteiligungsprozesse auf den unterschiedlichen Ebenen – in Initiativen, Vereinen und Verbänden, in der Kommunalpolitik sowie in der systematischen Öffentlichkeitsbeteiligung der Stadt Köln – (noch) wirkungsvoll(er) sein? Wie können Synergien geschaffen werden? Wie kann echte Beteiligung in der Zivilgesellschaft, in der Verwaltung und der Politik noch weiter gestärkt werden?

Was ist Ihnen besonders wichtig aus der besonderen Perspektive, die Sie im Gremium vertreten?

Ich bringe die sozialräumliche Perspektive ein, die aus meiner Sicht von großer Bedeutung für Beteiligungsprozesse ist. Es geht darum, erst einmal zu fragen: Was sind die konkreten Bedingungen, Ressourcen und Beziehung aber auch Konflikte und Bedarfe vor Ort? Wie sieht die Lebenswirklichkeit der Menschen aus? Welche Multiplikator:innen und Netzwerke können genutzt werden, um möglichst viele unterschiedliche Menschen für Beteiligung zu gewinnen?

Gertrude Helm

verfügt über umfangreiche Erfahrungen in Beteiligungs- und Mitwirkungsprozessen, die sie in ihrer Tätigkeit als Stadtplanerin in der Kommunalverwaltung in Köln und Aachen gesammelt hat. Dazu zählen Projekte der *Sozialen Stadt*, die Gestaltung öffentlicher Räume sowie die Mitwirkung am Innenstadtkonzept der Stadt Aachen. In Köln möchte sie sich nun auf bürgerschaftlicher Ebene engagieren, da Kommunalpolitik für sie die unmittelbarste Form gelebter Demokratie darstellt. Gertrude engagiert sich bereits für gemeinwohlorientierte Anliegen im Mülheimer Süden und bringt sich punktuell in Planungsprozesse in Nippes ein. Im Beratungsgremium vertritt Gertrude die Perspektive „Quartier“.



Mit welchen Vorstellungen gehen Sie in das Beratungsgremium Öffentlichkeitsbeteiligung?

Meine Erfahrungen mit Beteiligungen der Öffentlichkeit reichen von „gestaltend und belebend“ bis hin zu „Alibi, lästige Pflicht“. Es kommt offenbar sehr darauf an, dass die Adressaten in Rat und Verwaltung es ernst meinen und aufgeschlossen sind. Das Beratungsgremium kann eine

Vermittlerrolle in dem Sinne spielen, dass es Bürgeranregungen in umsetzbare Vorhaben übersetzt.
Was ist ihnen besonders wichtig aus der besonderen Perspektive, die Sie im Gremium vertreten?
Ich wünsche mir, dass bürgerschaftliche Anregungen aus der genauen Ortskenntnis der aktiven Bürger heraus die Planung verbessern helfen und möglichst noch weitere StadtteilbewohnerInnen zum Mittun aktivieren. Das können sie umso besser, wenn sie auch Erfolge erwirken.

Frank Liffers

Als Geschäftsführer von *junge Stadt köln e.V.* liegt es Frank am Herzen, die Beteiligung von jungen Menschen zu stärken. Seine Erfahrungen in der Organisation, Begleitung und Moderation von Teiligungsprozessen kommen ihm dabei ebenso zugute wie seine Ausbildung als systemischer Moderator. Im Beratungsgremium vertritt Frank die Perspektive „Jugend“.



Marc Haine

ist Vorstandsvorsitzender der *Arbeitsgemeinschaft der offenen Tür (AGOT) Köln* sowie hauptamtlicher Vorstand des *Vereins miteinanderleben e.V.*, der sich seit 1965 für das Zusammenleben von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen mit und ohne Behinderung einsetzt.

Als langjähriges Mitglied des Beratungsgremiums Öffentlichkeitsbeteiligung ist er mit den Aufgaben des Gremiums bestens vertraut und freut sich auf Kontinuität und Erneuerung gleichermaßen. Im Beratungsgremium vertritt Marc die Perspektive „Jugend“.



Mit welchen Vorstellungen gehen Sie in das Beratungsgremium Öffentlichkeitsbeteiligung?

Das Beratungsgremium und das Büro Öffentlichkeitsbeteiligung haben erheblich zu einer Verstärkung von Teiligungsprozessen in der gesamten Stadt beigetragen. Und es braucht weiterhin eine kontinuierliche Vertretung des Themas, um diese noch recht jungen Teiligungsformen dauerhaft im Bewusstsein der städtischen Verwaltung, der kommunalpolitischen Vertretungen sowie der Bürgerschaft zu stärken.

Was ist ihnen besonders wichtig aus der besonderen Perspektive, die Sie im Gremium vertreten?

„Kinder sind unsere Zukunft“ ist ein oft zitierter Ausspruch, politische Entscheidungen folgen dieser Logik nur ganz selten. Junge Menschen sind ein zunehmend kleinerer Teil unserer Gesellschaft und die Vertretung ihrer Perspektive ist auch ein Auftrag an die Erwachsenenwelt. Diesem Auftrag möchte ich mit der Perspektive Jugend im Beratungsgremium nachkommen.

Melek Henze

ist seit über 5 Jahren für die *Diakonie Köln und Region Patin* des Seniorennetzwerk *Lindweiler* im Kölner Norden und begleitet dieses intensiv. Auch als Präsidialversammlungsmitglied des Deutschen Evangelischen Kirchentags setzt sie sich seit vielen Jahren in Projektleitungen für die Sichtbarmachung von Senior*innenthemen ein. Als zertifizierte Mediatorin und interkulturelle Beraterin für konfliktfreie Kommunikation gilt ihr besonderes Augenmerk dabei den Herausforderungen einer vielfältigen Gesellschaft. Als Kuratoriumsmitglied der *Stiftung Wings of Hope* setzt sie sich für Friedens- und Dialogarbeit mit Menschen aus Kriegs- und Gewaltregionen ein. Ihre Arbeitsschwerpunkte liegen nicht nur in den Bereichen Gesundheit und Pflege, sondern auch in Kitas, in Schulen und der Erwachsenenbildung. Hier hat Melek Henze ihre umfangreiche persönliche und berufliche Erfahrung mit den Themen interkulturelle Kommunikation, Empowerment und Beteiligung immer wieder einbringen können. Als Bürgerin Kölns möchte sie im Beratungsgremium „zu einem guten Leben aller“ beitragen. Im Gremium vertritt Melek Henze die

Perspektive „Senioren“.

Mit welchen Vorstellungen gehen Sie in das Beratungsgremium Öffentlichkeitsbeteiligung?

*Ich gehe in das BGÖ, um den Dialog zwischen Stadtverwaltung, Politik und Bürgerschaft aktiv zu stärken. Wichtig finde ich, dass Bürger*innen so gut wie möglich frühzeitig, transparent und nachvollziehbar in Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Dabei liegt mir der Austausch unterschiedlicher Perspektiven, Ideen und Erfahrungen am Herzen, um Beteiligungsprozesse bürgernah, verständlich und wirksam zu gestalten. Die Öffentlichkeitsbeteiligung sehe ich nicht nur als Informationsinstrument, sondern auch als Chance gemeinsam tragfähige Lösungen für die Herausforderungen unserer Stadt zu entwickeln.*

Was ist Ihnen besonders wichtig aus der Perspektive, die Sie im Gremium vertreten?

*Aus der Perspektive der Senior*innen ist mir besonders wichtig, dass Beteiligungsangebote für alle Menschen zugänglich und verständlich gestaltet werden, auch für jene ohne hohe digitale Affinität oder mit Mobilitätseinschränkungen. Themen wie Barrierefreiheit, Mobilität, Sicherheit im öffentlichen Raum, soziale Teilhabe und Generationengerechtes Zusammenleben spielen dabei eine wichtige Rolle. Gleichzeitig ist es mir wichtig, Brücken zwischen den Generationen zu bauen. Gute Öffentlichkeitsbeteiligung sollte unterschiedliche Altersgruppen miteinander ins Gespräch bringen und dafür sorgen, dass Entscheidungen die Bedürfnisse aller Menschen in Köln berücksichtigen. Die Perspektive älterer Menschen kann hierzu einen wertvollen Beitrag leisten und die Kommunikation zwischen den Generationen positiv begleiten.*

Axel Friese

ist Mitbegründer des Vereins *Radeln ohne Alter Köln e.V.*, der mit seinen über 30 Rikschas und mehreren hundert ehrenamtlich Engagierten seit einigen Jahren Touren für Seniorinnen und Senioren anbietet. Axel bezeichnet sich als Innovations-Experten, Sozial-Unternehmer, analytischen Strategen und „Möglich-Macher“. Sein Wissen und seine Erfahrungen beim Verknüpfen der Interessen von Wirtschaft, Wissenschaft und Lokalpolitik mit denjenigen der Zivilgesellschaft möchte er zum Wohl der Stadt Köln einbringen. Im Beratungsgremium vertritt Axel die Perspektive „Senioren“.



Mit welchen Vorstellungen gehen Sie in das Beratungsgremium Öffentlichkeitsbeteiligung?

Noch keine, blanke Neugier

Was ist Ihnen besonders wichtig aus der besonderen Perspektive, die Sie im Gremium vertreten?

Die meisten Menschen in der Zielgruppe „Senior:innen“ haben andere Herausforderungen als Bürgerbeteiligung – das gilt wohl generell. Das heißt: Wir müssen vermitteln, welchen Mehrwert Bürgerbeteiligung hat. Oder: Wie können sich die persönlichen Lebensbedingungen durch Mitmischen verbessern.

Paul Intveen

ist seit über 15 Jahren aktiv in der Interessenvertretung von Menschen mit Behinderung: u.a. als Mitglied der *Stadt-AG Behindertenpolitik*, im *Arbeitskreis barrierefreies Köln* sowie als sachkundiger Einwohner in den Ratsausschüssen für Soziales und Mobilität. Als blinde Person kennt er die Herausforderungen und den Erklärungsbedarf rund um Behinderung aus eigener Erfahrung. Paul ist überzeugt, dass vielfältige Perspektiven in Entscheidungsprozesse einbezogen werden müssen, da niemand alle Sichtweisen allein erfassen kann. Im Beratungsgremium vertritt Paul die Perspektive „Inklusion“.



Ulrich Trapp

ist Maschinenbauingenieur und langjähriges Mitglied im Beratungsgremium Öffentlichkeitsbeteiligung. Seine Mitarbeit im Beratungsnetzwerk Inklusion, im *Inklusionsausschuss* der Stadt Köln und in der *Stadtschulpflegschaft* verschaffen ihm dafür ebenso hilfreiche Einblicke wie seine Erfahrungen als IT-Systembetreuer und -berater für Mitarbeitende mit Einschränkungen im öffentlichen Dienst, als Vertrauensperson der Schwerbehinderten oder als stellvertretender Vorsitzender der Gesamtpersonalvertretung einer großen öffentlich-rechtlichen Organisation. Im Beratungsgremium vertritt Ulrich die Perspektive „Inklusion“.



Birgit Döring (sie)

kommt aus der Gewerkschaftsarbeit und hat dort unter anderem Erfahrungen im Community Organizing gesammelt. Als Mitinitiatorin des Dyke March Cologne hat sie über viele Jahre hinweg die Sichtbarkeit von Lesben innerhalb der queeren Community gestärkt, unter anderem im Rahmen des *CSD Pride Cologne*. Von ihrer Mitarbeit im Beratungsgremium erwartet sie, aktiv an der Entwicklung von Ideen mitzuwirken, die die Handlungsfähigkeit von Menschen stärken. Im Beratungsgremium bringt Birgit die Perspektive „Queer“ ein.

Mit welchen Vorstellungen gehen Sie in das Beratungsgremium Öffentlichkeitsbeteiligung?

Ich werde erstmal mit Neugier in das Beratungsgremium gehen, da ich leider immer noch nicht genau weiß, was unsere Aufgaben sind.

Gerne möchte ich zur Entwicklung einer guten Organisationsstruktur für die Beteiligung der Kölner Bevölkerung beitragen – unabhängig von gesellschaftlicher Klasse, Herkunft, sexueller Orientierung oder Geschlecht.

Was ist Ihnen besonders wichtig aus der besonderen Perspektive, die Sie im Gremium vertreten?

Ich habe kein Mandat, die queere Community zu vertreten. Mein Anliegen ist vielmehr, daran mitzuwirken, dass Beteiligung besser organisiert und gestaltet werden kann und gemeinsam zu überlegen, welche Voraussetzungen dafür geschaffen werden müssen.

Markus Johannes

verfügt über langjährige Erfahrung in der Gremienarbeit und der Interessenvertretung für queere Communities. Er war u.a. Landesgeschäftsführer des *Queeren Netzwerks NRW* und Mitglied im *WDR Rundfunkrat* (als Vertreter der schwulen und lesbischen Communities). Als Kreisgruppengeschäftsführer des *Paritätischen Köln* war er drei Jahre Mitglied im *Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren der Stadt Köln*. Seit 2025 ist er Projektkoordinator der Bundesfachstelle Pflege und Alter(n) bei der Bundesinteressenvertretung schwuler Senioren (BISS) e.V. Wichtig ist ihm, dass Menschen ihre Stimme einbringen, Verantwortung übernehmen und mitgestalten, statt nur zuzusehen. Im Beratungsgremium vertritt Markus die Perspektive „Queer“.



Mit welchen Vorstellungen gehen Sie in das Beratungsgremium Öffentlichkeitsbeteiligung?

*Durch meine Erfahrungen in der Gremienarbeit weiß ich, dass Beteiligungs- und Veränderungsprozesse langsam und in kleinen Schritten erfolgen. Sichtbarkeit spielt dabei eine wichtige Rolle. Ich hoffe, dass ich mit fundierten Impulsen den Blick von Entscheidungsträger*innen in unserer Stadt hilfreich und zielführend erweitern kann, damit diese durchdachte Ergebnisse erzielen können.*

Was ist Ihnen besonders wichtig aus der besonderen Perspektive, die Sie im Gremium vertreten?

Die queere Community ist im politischen Köln in weiten Teilen gut sichtbar, integriert und repräsentiert. Mein Augenmerk liegt daher auf den queeren Menschen in unserer Stadtgesellschaft, denen durch besondere Lebenssituationen eine Teilhabe erschwert wird oder nicht möglich ist. Ältere Lesben, Schwule, Bi, Trans und Inter*personen, queere Menschen mit körperlicher Beeinträchtigung bzw. chronischen Erkrankungen, mit Migrationsgeschichte oder in prekären Lebensumständen werden mit Ihren Bedarfen und Bedürfnissen häufig übersehen oder nicht ausreichend mitgedacht. Gemeinsam mit den Vertreter*innen anderer Perspektiven im Gremium möchte ich den intersektionalen Blick auch auf diese Mitbürger*innen legen, um für sie Öffentlichkeitsbeteiligung zu stärken.*

Fabian Guzzo

ist Gründer der Demokratieplattform „*Köln spricht*“ und der „*KreAktiv- und Transformationsagentur*“ *Digital Chamäleons*, mit der er gemeinwohlorientierte Organisationen in ihren digitalen Auftritten, aber auch zu ihrer Organisations- und Kommunikationsstruktur berät. Offene Kommunikation, Kritikfähigkeit und dialogische Prozesse gehören zu Fabians wesentlichen Anliegen, egal ob er sich bei Köln spricht für „*Freie Rede, Musik, Gesellschaft, Tanz & Kultur*“ engagiert oder mit seiner Firma Vereine berät. Im Beratungsgremium vertritt Fabian die Perspektive „*Wirtschaft*“.



Harald Schein

ist Partner des IT-Unternehmens Avento und zugleich Gründungsmitglied und im Vorstand des *Zukunftsrat Köln e.V.*, jenes Vereins, der im vergangenen Jahr den ersten Kölner Bürgerrat mitorganisierte. Harald ist ein leidenschaftlicher Streiter für mehr Beteiligung, die er nicht im Gegensatz, sondern als Unterstützung einer lebendigen, repräsentativen Demokratie versteht. Im Beratungsgremium vertritt Harald die Perspektive „*Wirtschaft*“

Kölner Akteure für Engagement und Beteiligung

Engagement gegen Obdachlosigkeit: 10 Lösungsvorschläge der „Freunde der Kölner Straßen und ihrer Bewohner“

Nachdem wir vor Kurzem über die mediale Aufmerksamkeit für [zwei Initiativen aus der Obdachlosenhilfe](#) berichtet haben, möchten wir auf eine Veröffentlichung der „Freunde der Kölner Straßen und ihrer Bewohner“ (FDKSB) hinweisen: Die FDKSB haben anlässlich des deutschlandweiten „Ehrentags“ am 23. Mai zum 77. Jahrestages der Verabschiedung des Grundgesetzes 10 Lösungsvorschläge zur Verbesserung der Situation von Obdachlosen in Köln veröffentlicht. Damit wollen die FDKSB nicht nur an die universale Gültigkeit des Artikel 1 GG („Die Würde des Menschen ist unantastbar.“) erinnern, sondern konkrete Vorschläge zu Verbesserung der Situation von Obdachlosen machen: Dazu zählen etwa die Einrichtung menschenwürdiger Unterkünfte und Transportangebote, ganzjährige Hotlines zur Soforthilfe und Verlegung von öffentlichen Hilfsangeboten in das nähere Umfeld der Betroffenen. Darüber hinaus empfehlen die FDKSB dauerhafte Wärme-Winterzelte, den Ausbau psychologischer Versorgung und Pflegeangebote sowie grundsätzliche Priorisierung von Housing-First-Projekten. Zudem fordern sie auch einen intensiveren Dialog mit Betroffenen und Ehrenamtlichen und verstärkte präventive Maßnahmen gegen Wohnungsverlust ein.

Die Veröffentlichung der Lösungsvorschläge sind ein Resultat eines im Januar 2026 begonnenen Prozess des (Ideen-)Austauschs und von Diskussionen von Akteuren der ehrenamtlichen Obdachlosenhilfe. Ziel war es, ehrenamtliche Akteure aus diesem Bereich zu vernetzen, mit geeinter Stimme zu sprechen und Kräfte zu bündeln. Die FDKSB erhoffen sich von den Vorschlägen Impulse für Gespräche mit der Stadt Köln, aber auch für öffentliche und private Diskurse. Der Zusammenschluss steht demnach erst am Anfang seiner Arbeit: Weitere regelmäßige Treffen sind in Planung, zudem wollen die FDKSB als Vertreter der Interessen obdachloser Menschen gemeinsam aufzutreten.

Die 10 Lösungsvorschläge können Sie sich im Einzelnen hier durchlesen und herunterladen: [LINK ZUR WEBSITE DER FDKSB](#)

Zur Veröffentlichung auf Instagram: [kaeltebus.koeln](#)

Unterzeichner des 10-Punkte-Plans sind unter anderem: [Care 4 Cologne e.V.](#) | [Gemeinsam für die Platte](#) | [Heimatlos in Köln e.V.](#) | [Helping Hands Cologne e.V.](#) | [Ori Bollerwagen](#) | [Straßenwächter e.V.](#) | [Streetangels Cologne e.V.](#) | [Team Seyyah](#) | TONI Köln | [Freunde der Kölner Straßen und ihrer Bewohner e.V.](#) | Und Weitere Gruppen und private Initiativen (bspw. Zusammenschlüsse innerhalb von Freundeskreisen, die regelmäßig Essensausgaben organisieren)

Die neue „Interessengemeinschaft Lebenswerter Gürtel“

In der Vergangenheit berichteten wir bereits des Öfteren über verkehrspolitische Initiativen berichtet, wie z. B. über das stadtweit agierende [Bündnis Verkehrswende Köln](#) ([LINK](#) zum Artikel). Zudem berichteten wir auch über eine lokal aktive Kölner Initiative, die sich für eine Verkehrsberuhigung einsetzt: die „Interessengemeinschaft (IG) Lebenswerte Lux“. Die IG wirkte in den vergangenen Jahren u. a. darauf hin, für mehr Sicherheit, bessere Luft und weniger Lärm Tempo 30 auf einer der wichtigsten Kölner Verkehrsachsen, der Luxemburger Straße, durchzusetzen. Damit hatte die IG großen Erfolg ([LINK](#) zum Artikel).

Am 27. April 2026 stellte sich eine weitere verkehrspolitische Interessengemeinschaft in einem Pressegespräch vor: die „IG Lebenswerter Gürtel“. Die IG Lebenswerter Gürtel hat sich Anfang April gegründet und setzt sich aus Klägerinnen und Klägern zusammen, die auf dem rund 5 Kilometer

langen Abschnitt zwischen Lindenthalgürtel und Raderberggürtel wohnen. Ziel der IG ist die Umsetzung von Maßnahmen, die den (nachgewiesenen) grenzwertüberschreitenden Straßenlärm von 75 Dezibel tagsüber und 65 Dezibel nachts auf dem Gürtel reduzieren. Die Stadt Köln hatte entsprechende Anträge von Anwohnern bisher nur mit allgemeinen Hinweisen zur laufenden Prüfung eventueller Maßnahmen erwidert.

Die IG verkündete nun, dass mindestens fünf Anwohnerinnen und Anwohner von verschiedenen Abschnitten des Gürtels Untätigkeitsklagen beim Verwaltungsgericht Köln einreichen werden, um gesundheitsschützende Maßnahmen (Geschwindigkeitsreduzierung auf 30 km/h) zu erwirken. Die Chancen für die Durchsetzung des angestrebten Tempo 30 stehen laut IG angesichts früherer Erfolge im gesamten Stadtgebiet hoch.

Weitere Informationen und Erklärungen der IG Lebenswerter Gürtel finden Sie auf der [Webseite](#) der IG und auf [Instagram](#).

Forum Partizipation

Mit dem Forum Partizipation laden wir ein zur Diskussion oder stellen unsere oder die Positionen Dritter zur Diskussion. Ihre Diskussionsbeiträge sind willkommen!

Öffentlichkeitsbeteiligung als Instrument der Bodenspekulation?

Ein Gespräch mit Sascha Gajewski von der Initiative #BodenwendeKöln

Wohnraum ist knapp in Köln. Die Mieten steigen unentwegt, wer eine Wohnung sucht, muss meistens lange suchen und dann teuer bezahlen. Gleichzeitig erwärmt sich das Klima und Kommunen sind angehalten, ihre grünen Ränder als Klimapuffer zu bewahren. Auch für das produzierende Gewerbe finden sich in einer wachsenden Stadt immer weniger geeignete oder sogar bereits ausgewiesene Areale (Industriegebiete). In dieser schwierigen Interessenlage scheint sich ein neuer Trend abzuzeichnen: Grundeigentümer treten proaktiv als Veranstalter von Öffentlichkeitsbeteiligungen für Wohnungsbauprojekte auf, lange bevor politische Beschlüsse über die Bebauung ihrer Flächen gefällt werden. Über die damit verbundenen Erwartungen, Chancen und Risiken haben wir einen längeren emaildialog mit Sascha Gajewski von der Initiative #BodenwendeKöln geführt. Das „Gespräch“ führte Boris Sieverts.

Boris Sieverts | KFA: Sascha, mit Eurer Initiative #BodenwendeKöln

(<https://www.stadtraum5und4.org/bodenwendekoeln-bisher-auf-sand-gebaut/>) setzt ihr Euch für bezahlbaren Wohnraum auf der Grundlage von bezahlbaren Bodenpreisen ein und kritisiert Boden als Spekulationsobjekt, das wenige reich und viele arm macht, weil sie sich ihre Mieten nicht mehr leisten können. In Köln war zuletzt das Coty-Areal in Bickendorf (nun NQB – Neues Quartier Bickendorf) Gegenstand einer Öffentlichkeitsbeteiligung, bei der sich das Gros der Teilnehmer:innen für eine weitgehende Umwandlung des Industriegebiets in ein Wohnquartier aussprach. Bodenpolitik, also die Frage, wem der Grund und Boden gehört und wer den Wertzuwachs einer solchen Umwandlung abschöpft, waren dabei kein Thema. Dabei sollte Bodenpolitik Deiner Meinung auch auf dem Coty-Areal ein Thema sein. Warum?

Gajewski: Wir kommen als Akteure zwar aus der Wohnungsbewegung, aber es geht uns tatsächlich um alle Nutzungen: Also auch um soziale, kulturelle, und gewerbliche Nutzungen, die mit den hohen Bodenpreisen mehr Förderung der öffentlichen Hand erfordern, gar nicht entstehen können, oder ihre Produkte und Dienstleistungen deutlich teurer anbieten müssen. Auch in den Preisen, z.B. der

Gastronomie, finden wir den Bodenpreis ja wieder. Dies verstärkt Segregation, also die Trennung der sozialen Gruppen im Stadtraum. Wir haben in Deutschland mit die höchste Vermögensungleichheit aller OECD-Staaten, was den sozialen Zusammenhalt und die Demokratie gefährdet, weil es die Idee der Leistungsgerechtigkeit aushöhlt. Diese Ungleichheit basiert auf zwei Hauptsäulen: Unternehmensanteilen und Boden. Der internationale Währungsfonds empfiehlt der Bundesregierung daher eine Vermögenssteuer; vor der Vermögenssteuer steht aber die Frage, woraus Vermögen geschöpft wird. Und das führt uns zu kommunaler Bodenpolitik und zu dem Beispiel des Coty-Areals, das nun „Neues Quartier Bickendorf“ heißt. Das Areal wurde im Status einer Gewerbe- und Industriefläche angekauft, wie übrigens auch das Max-Becker-Areal in Braunsfeld. Würde es diesen Status behalten, könnte der Eigentümer bei der Entwicklung maßvolle Gewinne machen. Nun wirbt er aber für eine Umwandlung großer Flächenanteile in Wohnbauflächen. Dies wertet den Boden auf, weil Wohnbauland mehr Rendite abwirft und dieser erhebliche Mehrwert bleibt überwiegend beim Entwickler, wobei er dafür wenig tut. Auf anderen Geländen hat dies schon zu Wertsteigerungen von über 1000€ pro m² geführt, also 10 Mio. € pro Hektar, die dann als sogenannte „leistungslose Gewinne“ beim Eigentümer landen. Wir finden diese dann in Mieten und Kaufpreisen wieder.

KFA: Was für Möglichkeiten gibt es für die Kommunen, die Stadtgesellschaft an diesem Mehrwert teilhaben zu lassen?

Gajewski: Den rechtlichen Rahmen setzt wesentlich der §11 Baugesetzbuch. Durch städtebauliche Verträge können Kosten, die kausal der Entwicklung zuzuordnen sind, in angemessenem Rahmen auf den Eigentümer abgewälzt werden. Ab da wird es juristisch strittig: unproblematisch ist, einen Anteil an gefördertem oder preisgedämpftem Wohnungsbau, die Finanzierung von KiTas und Schulbauten im Verhältnis zur Projektgröße sowie Anforderungen an Baustandards und Energiesysteme in solchen Verträgen zu verankern. Zu beurteilen, wann die Angemessenheit überschritten ist, ist schwieriger: Das Bauen nach einem höheren Energiestandard z.B. kostet Geld, erhöht aber andererseits auch den Wert der Immobilie. Stellt diese Forderung also eine zusätzliche Belastung dar? Oder nehmen wir die Forderung nach gefördertem Wohnraum: Der war zuletzt oft, wegen der günstigen Kredite, wirtschaftlicher zu errichten als frei finanziertes Wohnungsbau, also gar keine Belastung. Die Liste ließe sich fortsetzen.

Es geht vor allem und grundsätzlich darum, dass Politik und Verwaltung verstehen, dass die Gewinne aus Grundstückswertsteigerungen der Allgemeinheit zustehen und dass sie danach handeln. Da eine umfängliche Abschöpfung nicht so einfach ist und nur bedingt nachhaltig, weil der Preis danach weiter steigen kann, wären der Erwerb der Grundstücke durch die Kommune und die Vergabe in Erbbaurechten oder der Verkauf an strukturelle Träger des Gemeinwohls (Genossenschaften, Stiftungen etc.) der nachhaltigere Weg. Das erfordert eine langfristige Strategie, politische Konsequenz und Durchhaltevermögen, denn sonst findet sich auch für überbeuerte Grundstücke immer ein Investor, der darauf vertraut, dass die Politik ihm doch noch eine höhere Ausnutzung zugestehen und weniger Leistungen für die Allgemeinheit abverlangen wird – weil Wohnungen dringend gebraucht werden. So werden die Grundstückspreise immer weiter nach oben getrieben und noch einmal, den Planungswertgewinn schöpfen die Investoren und die Grundstückshändler ab.

KFA: Ist so etwas nicht auch ein Stück weit Verhandlungsgeschick und eine Frage der Bereitschaft, Investoren auch etwas abzuverlangen? Sofern das Vorhaben über §34 Baugesetzbuch hinaus geht (der besagt, dass man bauen darf, wie es der Nachbarschaft entspricht) oder sogar auf Land geschieht, das bislang gar nicht zur Bebauung gewidmet ist, ist der Investor rein juristisch ja in keiner starken Position, denn die Stadt muss seinem Vorhaben nicht zustimmen. Investoren drohen dann oft damit, dann halt gar nicht zu bauen, weil es sich für sie nicht rechnen würde, wenn ihre Wünsche nicht vollumfänglich erfüllt werden. Zugleich weigern sie sich aber, mit dem Hinweis auf das

Betriebsgeheimnis, ihre Kalkulationen offen zu legen. Auf welcher Grundlage wird den Forderungen unter diesen Umständen eigentlich nachgegeben? Und ist es nicht auch eine Sache des Standings, dass man einfach mal sagt: „dann gehen Sie halt woanders hin!“, um auch künftigen Entwicklern klar zu machen, dass es Grenzen gibt? Das würde sich ja auch dämpfend auf die Grundstückspreise auswirken, wenn potentielle Käufer davon ausgehen müssen, dass sie den Ausnutzungspoker mit der Stadt nicht gewinnen werden, bzw. dass Zugeständnisse bei der Ausnutzung mit entsprechend hohen Gegenleistungen, z.B. beim Anteil des sozialen Wohnungsbaus oder der Ausstattung mit öffentlichen Grünflächen oder kultureller Infrastruktur, verbunden sind.

Gajewski: Genau, das ist es, was ich mit langfristiger Strategie meine. Investoren haben Ausdauer. Bodenpolitik funktioniert nur, wenn man über Wahlzyklen hinweg konsequent bleibt, wenn die Botschaft lautet: „Wir freuen uns über Investierende, die zu den Bedarfen unserer Stadt passend bauen. Wir wollen keine Spekulation mit dem Boden, die in der Konsequenz den Mietspiegel im Ganzen hebt und wir geben demjenigen kein Baurecht, der so teuren Boden schafft, dass bezahlbares Wohnen nicht, oder nur mit öffentlichen Mitteln, herstellbar wird“.

Zu den Wirtschaftlichkeitsberechnungen, auf die sich die Investoren berufen, kann man sagen: auch wenn diese nicht einsehbar sind, wären sie durchaus überprüfbar. Die Kosten und Finanzierungsstrukturen der Branche sind bekannt und in der Stadtverwaltung sollte es die Kompetenz geben, die Wirtschaftlichkeit eines Projekts selbst zu bewerten – ansonsten gibt es dafür Dienstleister, die auch schon für Köln gearbeitet haben.

In der Politik gibt es dazu sicher Wissens- aber vor allem Haltungsdefizite. Erstere lassen sich durch Information schließen, bei Letzteren ist auch der Druck der Bürgerinnen und Bürger gefragt. Zusammenfassend lässt sich sagen: Die Gründe, warum den Forderungen der Investoren so oft nachgegeben wird, sind vielschichtig: manche Zusammenhänge werden nicht verstanden, es gibt die Angst, dass gar nicht gebaut werden könnte und politisch lässt sich eine teure Wohnung, so kurzfristig das ist, halt immer noch besser verkaufen als eine erst einmal nicht gebaute. Außerdem gibt es die Haltung: „der Einsatz der Investoren muss sich doch lohnen, sie gehen ja schließlich Risiken ein“. Über weitere Motivationen kann man nur spekulieren.

Lass uns mal ein Gegenzszenario durchspielen: Was wäre, wenn sich morgen alle einig wären, das Spiel zu beenden? Was würde das für den einzelnen Investor bedeuten? Entweder hat er eh im Vertrag stehen, dass der Kauf nur bei Erreichung bestimmter Ziele – wie z.B. der Genehmigung eines Mindestbauvolumens – gilt und dass er sonst ein Rücktrittsrecht hat. Oder er hat sich verspekuliert und muss gegebenenfalls Anteile des für das Grundstück gezahlten Geldes abschreiben. Aber es gibt nun mal kein Recht auf Gewinn und das Interesse der Allgemeinheit steht höher. Geht der Investor pleite, wird das Grundstück Insolvenzmasse und der neue Kaufinteressent weiß anhand der dann gültigen Politik, wieviel er investieren kann. Der Preis wird also korrigiert. Konkret: Jemand, der ein Grundstück sucht, wird dann nicht mehr 1.500€ pro m² bieten, weil er auf die Folgsamkeit der Politik setzen kann und Mitbewerber ausstechen will, sondern er bietet nur noch 400€ und der Verkäufer lernt schnell, dass andere auch nicht mehr bieten werden. Somit ist ein neues Preislevel etabliert und bezahlbare Nutzungen werden wahrscheinlicher. Wird deswegen weniger oder nicht gebaut? Nein, denn der Gewinn entsteht aus dem Gebauten, nicht aus dem Boden.

KFA: Unter Beteiligungsgesichtspunkten ist ein neues Phänomen aufgetaucht, nämlich dass Bodeneigentümer von sich aus Beteiligungsverfahren für Grundstücke initiieren, für die noch gar kein (Wohn)baurecht oder auch nur ein Aufstellungsbeschluss besteht (das ist die „Absichtserklärung“ der politischen Gremien, einen Planungsprozess in Gang zu setzen). In Köln war dies zuletzt im Porzer Süden und eben auf dem Coty-Areal zu beobachten: in Porz handelt es sich um Ackerland, das der Großgrundbesitzer gerne in Bauland umgewandelt sehen möchte. Das Coty-Areal ist (noch) als Industriegebiet gewidmet, so dass rein baurechtlich zum Zeitpunkt des Beteiligungsverfahrens gar kein Wohnungsbau möglich gewesen wäre. Man konnte den Eindruck gewinnen, dass mit den

Beteiligungsverfahren auch Stimmung für den Wohnungsbau gemacht werden sollte, der ja für den Grund und Boden, im Vergleich zu Ackerland oder Industriegebiet, eine enorme Wertsteigerung bedeutet. Für uns als Beteiligungsexperten ist das natürlich eine interessante, neue Erscheinung – dass Investoren Beteiligungsprozesse hier, wenn man so will, instrumentalisieren, um die Politik in Zugzwang zu bringen, nach dem Motto: „OK, Ihr wollt kein Ackerland bebauen und Industriegebiete wollt ihr auch erhalten, dann fragen wir doch mal die Leute!“. Natürlich wollen die Leute in Bickendorf oder Vogelsang lieber neue Wohnungen in ihrer Nachbarschaft als einen Fortbestand des Industriegebiets und angesichts des angespannten Wohnungsmarkts finden sich auch für das Projekt in Porz zahlreiche Befürworter (in beiden Fällen gibt es ebenso stichhaltige Argumente für diese Vorhaben wie dagegen, aber darum soll es hier nicht gehen). Die Veranstaltungen werden dann sehr offen und herzlich und kreativ und auf Augenhöhe organisiert – unter Beteiligungsaspekten sozusagen vorbildlich -, was im Überschwang des Beteiligungsspaßes aber völlig aus dem Blick gerät ist die Frage, wer die damit verbundenen Bodenwertsteigerungen abschöpft bzw. was die Gegenleistung dafür sein soll. Das ist von „unpolitischen“ Bürgern vielleicht auch nicht zu erwarten, sondern hier wäre die Politik gefragt.

Gajewski: Die Beschreibung teile ich völlig. Der Erhalt von Industrie- und Gewerbeflächen wird zwar erfasst und verstanden – aber er erzeugt keine Emotionen. Auch der Erhalt von Naturräumen hat oft nur wenige echte, kampfbereite Befürworter. Der Wohnungsmangel hingegen ist für viele Menschen eine bedrohliche Erfahrung aus erster Hand, über die zudem regelmäßig in der Zeitung berichtet wird. Da fühlen sich die Menschen kompetent und sehen ggf. ein Selbstwirksamkeitspotenzial. Das öffnet die Tür dafür, eine interessierte Öffentlichkeit und Nachbarschaft für sich zu instrumentalisieren, die man übrigens nicht mit Verfechtern des Gemeinwohls verwechseln darf. Die meiste Teilnehmer solcher Veranstaltungen sprechen für sich, ohne Gemeinwohlverpflichtung oder Rechenschaftspflicht. Deshalb teile ich die Begeisterung für diese Formate nicht und behaupte, dass sie die Politik in eine Ecke treiben.

Eine allgemeine Aussage zum Verhalten der Kölner Politik in dieser Konstellation kann ich nicht treffen, mir begegnen da ganz verschiedene Facetten. Aber was mich beim Coty-Areal schon überrascht hat, waren Aussagen von Leuten aus dem Mitte-Links-Spektrum, die die Investoren als sympathisch, engagiert im Stadtteil und offen für Anregungen beschrieben. Das mag alles zutreffen, es ändert aber nichts daran, dass wir hier von Investoren reden, die klar eine wirtschaftliche Agenda haben und für die das Umschmeicheln anderer zum Handwerk gehört. Ich spüre da manchmal sehr wenig kritische Distanz und Verständnis dafür, wieviel Gewinn mit diesen Brosamen des Entgegenkommens gemacht wird. Aus 50.000€ Veranstaltungsaufwand können so leicht einige Millionen mehr Marge durch Wertsteigerungen werden, die dann die Nutzer der späteren Immobilien oder die öffentliche Hand, zur Subventionierung des Wohnens, bezahlen. Eine andere Reaktion, die mir begegnet, ist Ohnmacht, bzw. die Deklaration von Machtlosigkeit angesichts der politischen Mehrheitsverhältnisse. Und dann gibt es natürlich auch diejenigen, die es richtig finden, dass Investoren für „gute Arbeit“ „gute Gewinne“ einfahren.

Grundsätzlich bleibt ein Problem der Kommunalpolitik, dass man über die Bodenfrage viel Wissen haben muss und dass Kommunalpolitiker*innen Ehrenamtler sind, die sich in Verwaltung und Wirtschaft Fachleuten im Vollerwerb gegenübersehen. Aber auch bei Fachpolitiker*innen etablierter Parteien habe ich schon feststellen müssen, dass sie über die Grundlagen der Immobilienwirtschaft nicht wirklich gut informiert waren. Ich will das nicht verallgemeinern, sondern nur aufzeigen, wie das Kräfteungleichgewicht im Moment ist. Das können die engagierten Politiker:innen in den Parteien nur ausgleichen, wenn sie nicht nur kompetent sind, sondern auch noch Macht in der eigenen Fraktion haben – was nicht immer zusammenfällt. Angesichts dieser Gemengelage liegt der strategische Vorteil leider deutlich bei den Investoren.

Abschließend würde ich gerne noch sagen: Die Trennung des Bodeneigentums von seiner Nutzung, z.B. durch Erbbaurecht, ist eine alte Idee der Bodenreformbewegung. Die Feststellung dahinter: Der Wert des Bodens wird von der Allgemeinheit geschaffen – sie baut die Schulen, die Straßen, die Theater, andere wiederum schaffen die Arbeitsplätze, die den Boden überhaupt erst begehrt machen! Deshalb gehört der Grund und Boden der Allgemeinheit, wobei abgewogen werden muss zwischen den haushälterischen Interessen der Kommune und den unmittelbaren Interessen der Stadtgesellschaft als Nutzer:innen.

Mit dem, was auf dem Boden geschaffen wird, soll der Investor seine Marge machen! Wegen der Knappheit des Bodens braucht es auch dafür Regeln, denn für die Erfüllung der Bedarfe der Menschen steht nun mal nicht unbegrenzt Boden zur Verfügung, besonders dann nicht, wenn man weitere Flächenversiegelung vermeiden will. Also muss die Kommune durch ihre Vergabepolitik und vertragliche Festsetzungen im (Erbbaurechts-)Vertrag sicherstellen, dass der Investor das baut, was die Allgemeinheit benötigt und nicht die Einsparungen beim Bodenerwerb in Marge umwandelt. So der Ansatz für eine zukunftsfähige Bodenpolitik

Links zu den Projekten in Bickendorf und in Porz:

<https://instone.de/de/bauprojekte/koeln/bickendorf/veranstaltungsreihe>

<https://www.porz-plant.de>

Wie machen es andere Städte?

Beispiel Münster: <https://www.stadt-muenster.de/stadtplanung/sozialgerechte-bodennutzung>

Beispiel Hamburg: <https://www.staedtetag.de/publikationen/staedtetag-aktuell/2024/heft-5/bodenpolitik-gemeinwohlinteresse-hamburger-baulandmodell>

Wer sich tiefer gehend mit der Thematik befassen möchte, dem sei auch der Podcast „Best Case Scenario“ mit Sascha Gajewski empfohlen:

<https://open.spotify.com/episode/2SV02giXoTyL7ME8pflpb1?si=0226bb23a2444edd>

<https://podcasts.apple.com/de/podcast/best-case-szenario/id1843126720?i=1000770160216>

<https://best-case-szenario.podigee.io/8-7-boden-als-grundlage-fur-demokratie>

<https://www.deezer.com/de/show/1002249661?host=0&deferredFI=1>

Hinweise – Tipps – Veranstaltungen – Literatur und anderes mehr zum Thema „Partizipation“

(Erfolgreiche) Ankunftsquartiere als Teilhabemaschinen

Bereits 2011 veröffentlichte der kanadische Journalist Doug Saunders das [Buch „Arrival City: How the largest migration in history is reshaping our world“](#). Seine These: Die neue „Völkerwanderung“ ist nicht primär eine Wanderung vom globalen Süden in den globalen Norden, sondern eine Bewegung der Menschen vom Land in die Städte. Das Gros der Migranten weltweit, so Saunders, zieht nicht in andere Länder oder auf andere Kontinente, sondern in die großen Städte ihrer Herkunftsländer. Sie stammen aus den selben, meist strukturschwachen, ländlichen Regionen, wie die Wenigen, die die nötigen Kontakte und das Reisekapital haben, um in die reichen Städte des globalen Nordens auszuwandern. Hier wie dort landen die „Neuankömmlinge“ zumeist in Stadtvierteln, die durch einen hohen Anteil von Neuankömmlingen geprägt sind. Was wie eine tautologische Selbstverständlichkeit klingt, ist tatsächlich der Anfang einer neuen Sichtweise – denn es verschiebt den Fokus vom Zustand solcher Quartiere als räumliche Entitäten mit statistisch erfassten, festen Eigenschaften hin zu sozialen Gebilden, die, mit jeder Neuankunft und jedem Weiterziehen, oft erstaunliches leisten. In Städten auf allen fünf Kontinenten ist Doug Saunders zwei Leitfragen nachgegangen: „Was sind die

Leistungen, die ein Ankunftsstadtteil zu „vollbringen“ hat, damit man ihn als erfolgreich (oder gescheitert) bezeichnen kann?“ und „Welche Bedingungen hat er seinen Bewohnern zu bieten, um diese Leistung zu vollbringen?“

Unter dem Titel „Was Ankunftsquartiere stark macht“ hat die ILS Research gGmbH aus Dortmund, mit Förderung der Mercator-Stiftung, nun eine Broschüre herausgebracht, die soziale und kulturelle (leider keine wirtschaftlichen) Projekte und Programme in elf deutschen Städten und Stadtteilen vorstellt, für die Saunders Konzept der Arrival City die Grundlage bildete. Auch wenn der Bezug zu Saunders Arbeit in der Broschüre (verwunderlicherweise) nicht hergestellt wird: Wer sich die spannende, aber sehr umfangreiche Lektüre von Saunders Werk sparen, aber dennoch die wichtigsten Erkenntnisse mitnehmen möchte, dem sei die Broschüre ans Herz gelegt, deren besonderer Wert in der Anwendung und „Prüfung“ von Saunders Theorien in der deutschen Praxis liegt. Eine zentrale Aussage lautet hier wie dort: „Erfolge in der Arbeit vor Ort bleiben manchmal verborgen – etwa, wenn sozialer Aufstieg mit dem Wegzug verbunden ist und sich dadurch nicht in einer Verbesserung der Sozialdaten eines Ankunftsquartiers niederschlägt.“

Auch wenn das Kölner Stadtgebiet in der Studie nicht vertreten war: Dass die Erkenntnisse die Betrachtung von Kölner Stadtteilen wie z.B. Kalk oder Chorweiler nachhaltig verändern könnten, ist anzunehmen. Der Ansatz „Arrival City“ wird auch ausführlich besprochen in dem Beitrag [„Arrival Cities‘ – Ankommen in Deutschland? Das Konzept ‚Ankunftsstadt‘ und seine Übertragbarkeit“](#) der Bundeszentrale für politische Bildung.

Auf die Broschüre aufmerksam wurden wir übrigens durch den empfehlenswerten [Newsletter](#) [„Wegweiser Bürgergesellschaft“](#).

Literaturempfehlungen: Bürgerbeteiligung und Demokratie

Im Folgenden sind Literaturempfehlungen zu den Themenfeldern „Methodik der Bürgerbeteiligung und Zivilgesellschaft“ und „Demokratie, Gesellschaft & Populismus“ aufgelistet.

Methodik der Bürgerbeteiligung und Zivilgesellschaft:

- Publikation: Was hält unsere Gesellschaft zusammen? [LINK](#)
- Publikation: Souverän – Plädoyer für mehr direkte Demokratie, [LINK](#)
- Forschungsprojekt: Erfolgsfaktoren lokaler E-Partizipation, [LINK](#)
- Methoden für faire Bürgerbeteiligung, [LINK](#)
- „Besser beteiligen“, [LINK](#)
- Politische Neutralität von zivilgesellschaftlichen Organisationen, [LNK](#)
- Kinderbeteiligung vor Ort, [LINK](#)
- Wirkung entfalten: Neue Leitlinien für wirkungsvolle Bürgerbeteiligung veröffentlicht, [LINK](#)
- Fairness and Competence in Citizen Participation. A Critical Review of Formats for Deliberative Policymaking, [LINK](#)
- Jahrbuch Engagementpolitik 2025: Bürgerschaftliches Engagement und Klimaschutz, [LINK](#)
- Bürgerräte 2025: Ein Rückblick und Ausblick, [LINK](#)
- Losungsorientiert: Wie die Bürgerinnen und Bürger wieder Teil der Politik werden, [LINK](#)

Breit rezipierte und empfehlenswerte Literatur zu Demokratie, Gesellschaft & Populismus:

- Matthias Quent: Keine Macht der Ohnmacht – Wie wir Krisen bewältigen und uns gegen Faschismus wehren | Strategien gegen Resignation und Rechtsruck (2026), [LINK](#)
- Mark Schieritz: Zu dumm für die Demokratie? Wie wir die liberale Ordnung schützen, wenn der Wille des Volkes gefährlich wird (2025), [LINK](#)
- Philipp Lepenies: Souveräne Entscheidungen. Vom Werden und Vergehen der Demokratie (2025), [LINK](#)
- Sascha Lobo: Die große Vertrauenskrise. Ein Bewältigungskompass (2023), [LINK](#)
- Carolin Amlinger, Oliver Nachtwey: Zerstörungslust. Elemente eines demokratischen Faschismus (2025), [LINK](#)
- Nils C. Kumkar: Polarisierung. Die Ordnung der Politik (2025), [LINK](#)
- Philipp Staab: Systemkrise. Legitimationsprobleme im grünen Kapitalismus (2025), [LINK](#)
- Maximilian Steinbeis: Die verwundbare Demokratie. Strategien gegen die populistische Übernahme (2024), [LINK](#)
- Julia Reuschenbach, Korbinian Frenzel: Defekte Debatten. Warum wir als Gesellschaft besser streiten müssen (2024), [LINK](#)
- Ben Ansell: Warum Politik so oft versagt. Und warum das besser wird, wenn wir unseren Egoismus überwinden (2024), [LINK](#)
- Marcel Lewandowsky: Was Populisten wirklich wollen. Wie sie die Gesellschaft herausfordern – und wie man ihnen begegnen sollte | Die Strategien von AfD, Trump & Co. erkennen und kontern (2024), [LINK](#)
- Veith Selk: Demokratiedämmerung. Eine Kritik der Demokratietheorie (2024), [LINK](#)
- Craig Calhoun, Dilip Parameshwar Gaonkar, Charles Taylor: Zerfallserscheinungen der Demokratie (2024), [LINK](#)

„INSIDE KÖLN“ – Neue Podcastfolge zu Öffentlichkeitsbeteiligung

Der Podcast „INSIDE Stadt Köln“ gibt Einblicke in die städtische Verwaltung, über ihre Abläufe, Zuständigkeiten und über Themen, die alle Kölnerinnen und Kölner tagtäglich beschäftigen.

In Folge 11 behandelt der Podcast die Öffentlichkeitsbeteiligung in der Stadt Köln.

Wie können Kölner*innen ihre Stadt mitgestalten und was passiert im Hintergrund? Wie läuft ein Beteiligungsprozess ab, welche Möglichkeiten haben Bürger*innen, sich aktiv einzubringen und an wen kann man sich wenden?

All diese Fragen werden in dieser Folge diskutiert. Reinhören ist überall dort möglich, wo es Podcasts gibt oder direkt hier:

[INSIDE Stadt Köln – der Podcast – Stadt Köln](#)

Gemeinsam für das Gemeinwohl in der Kommune – Beispiel Leipzig

In der Stadt Leipzig gibt es interessante Formate kooperativen und sektorübergreifenden Engagements für das Gemeinwohl, die vielleicht auch für Köln interessant sein könnten:

Seit 2025 gibt es das [Leipziger Gemeinwohlparlament](#). Parlamentsmitglieder können Leipzigerinnen und Leipziger ab 14 Jahren werden. Sie zahlen einen Jahresbeitrag von mindestens 60 €. Aus dem hieraus entstehenden Budget werden Projekte für das Gemeinwohl gefördert. Die Förderentscheidung fällt das Gemeinwohlparlament, in dem jedes Mitglied eine Stimme hat – unabhängig von der Geldsumme, die eingezahlt wurde.

Gegründet wurde das Gemeinwohlparlament auf Initiative des [Runden Tisches Gemeinwohl Leipzig](#), in dem sich seit seiner Gründung 2022 über 50 Institutionen aus Wirtschaft, Verwaltung, Wissenschaft und Zivilgesellschaft engagieren. Hier kommen über 50 Institutionen aus verschiedenen Bereichen der Stadtgesellschaft zusammen, um das Gemeinwohl in Leipzig zu stärken und sichtbar zu machen.

Weitere Informationen

Sollte jemand daran interessiert sein, solche Gemeinwohl-Initiativen in Köln auf den Weg zu bringen, freuen wir uns über eine entsprechende Kontaktaufnahme per E-Mail: beteiligen@koeln-freiwillig.de.

Termine: Offene Dialogformate in Köln im Juli und August

Im Folgenden sind offene Dialogformate chronologisch aufgelistet, die in den kommenden Sommerwochen in Köln stattfinden:

- [„Köln, wir müssen reden“](#) im „Eigenheim“ in Nippes (Nordstraße 2, 50733 Köln), jeden Montag um 20:30 Uhr
- [„Sprechen und Zuhören – Demokratie erleben“](#) im „Forum Tunisstraße“ (Tunisstraße 4, 50667 Köln, Erdgeschoss), 30. Juni von 19-21 Uhr, [Anmeldung](#)
- [„Sprechen & Zuhören – Sagen können, was wir wirklich meinen“](#) VHS Studienhaus (Raum 415, Cäcilienstr. 35, 50667 Köln), am 2. Juli von 19-20:30 Uhr, Anmeldung unter 0221/221-23302 oder vhs-kultur@stadt-koeln.de oder online: <https://www.koelner-vhs.de/kurssuche/> (Kurs-Nr. 26Z182381)
- [„Sprechen und Zuhören“](#) im Evangelischen Kirchenverband Köln und Region (Kartäusergasse 9-11, 50678 Köln), 14. Juli von 17:30-19:30 Uhr, [Anmeldung](#)
- [„Thekengespräche“](#) im [„Mittendrin“](#) in Porz (Friedrich-Ebert-Platz 3, 51143 Köln), 4. August, von 19-20:30 Uhr, [Anmeldung](#)

Termine: Fachveranstaltungen zu Bürgerbeteiligung und Partizipation

Im Folgenden sind (Fach-)Tagesveranstaltungen und mehrtägige Veranstaltungen aufgelistet, die in den kommenden Wochen in Köln und Region oder online zum Thema Methodik der Öffentlichkeitsbeteiligung und Partizipation stattfinden:

[Stiftung Mitarbeit](#): Kommunikation als Herausforderung. Öffentlichkeitsarbeit für beteiligungsorientierte Projekte, Freitag, 26. und Samstag, 27. Juni 2026, [LINK](#)

Beteiligungsorientierte Projektarbeit braucht funktionierende Verständigung, Transparenz und gute Öffentlichkeitsarbeit. Kurz: durchdachte Kommunikation. Doch was heißt das konkret? Im Seminar werden die Fragen rund um Kommunikation diskutiert. Wie lässt sich gelingende, crossmediale Öffentlichkeitsarbeit gestalten? Wie lassen sich die relevanten Zielgruppen ansprechen? Wie gelingt ein zielführender Austausch? Wie schaffen wir Transparenz innerhalb von Beteiligungsprojekten? Und wie lassen sich Diskurse und Ergebnisse vermitteln?

Die Teilnehmer/innen beschäftigen sich mit den Vor- und Nachteilen unterschiedlicher Kommunikationswege und -instrumente, entwerfen mögliche Kommunikationskonzepte und identifizieren Optimierungsmöglichkeiten für die eigene Praxis. Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind eingeladen, sich mit ihren Erfahrungen und Fragen aus der eigenen Arbeitspraxis aktiv einzubringen. Das Seminar richtet sich an Menschen, die Beteiligungsprojekte umsetzen, in den Bereich Öffentlichkeitsarbeit einsteigen oder bereits erste Erfahrungen mitbringen.

Stiftung Mitarbeit: Alles Krise? Konflikt- und Dialogkultur für eine resiliente Demokratie. Online-Veranstaltungsreihe „Auf dem Weg in eine zukunftsorientierte Demokratie“, III. Quartal 2026, [LINK](#)

Von Krisen und einer zunehmenden Spaltung der deutschen Gesellschaft ist in den letzten Jahren zu Genüge die Rede. Kriege, daraus resultierende Migration und Integration in neue Gesellschaften, die Klimakrise, steigende Kosten sowie zunehmende Ungleichheiten zwischen den Bevölkerungsgruppen schaffen den Eindruck einer dauerhaften Bedrohungslage. Gerade in Krisenzeiten erwarten Bürgerinnen und Bürger nachhaltige Problemlösungen und damit eine authentische Zukunftsvision, der sie vertrauen können. Dies geht einher mit einem Vertrauen in die Fähigkeit demokratischer Akteure und Instanzen, gegenwärtige Herausforderungen mit den vorhandenen Verfahren, Strukturen und Kompetenzen auch adäquat begegnen zu können. Umfragen zeigen, dass dieses Vertrauen zunehmend schwindet.

All dies beeinflusst auch die Art und Weise zu diskutieren und zu debattieren. Polarisierende öffentliche Debatten, scharfe Auseinandersetzungen um Wahrheiten, Deutungshoheiten, richtige und gerechte Wege einer Zukunftspolitik nehmen zu. Demokratie lebt vom Wettbewerb und der Gegenüberstellung von Meinungen. Wenn wir den politischen Willen der Bürgerinnen und Bürger – und damit die Volkssouveränität – ernst meinen, dann ist ein Austausch von Meinungen unerlässlich. Dies ist umso entscheidender bei Fragen, zu denen es keine einfachen Antworten gibt und Abwägungen getroffen werden müssen. Damit ein demokratisches Miteinander gefördert statt behindert wird, bedarf es jedoch einer konstruktiven Konfliktbearbeitung und Dialogkultur.

In der diesjährigen Online-Reihe nehmen wir die Art und Weise des Umgangs mit konfliktbehafteten Themen in den Blick. An fünf Terminen schauen wir auf unterschiedliche Aspekte, die eine demokratische Streitkultur ermöglichen und Wege der Zukunftsgestaltung aufzeigen.

Die kommunale Konfliktberatung wird dabei methodisch ebenso betrachtet wie transformatives Community Organizing, eine demokratische Debattenkultur durch deliberative Verfahren ebenso wie der Umgang mit extremistischen Parolen. Die Methoden werden dabei immer mit einem gesellschaftspolitischen Thema verknüpft, das aufgrund der Schärfe der Debatte als „Schmerzpunkt“ gesellschaftspolitischer Veränderungsprozesse zu verstehen ist. Diese Konflikte sehen wir als Hinweisgeber für Themen, zu denen die Bevölkerung Lösungen und Zukunftsperspektiven ersehnt.

Die Veranstaltungen der Reihe finden jeweils an folgenden Terminen online statt:

09.09./16.09./23.09./07.10./14.10.

Weitere Informationen zu den fünf Online-Veranstaltungen und zur Anmeldung werden im Frühjahr veröffentlicht.

[Woche des Bürgerschaftlichen Engagements vom 11. bis 20. September](#) vom Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Die bundesweite Aktionswoche vom 11. bis 20. September 2026 stellt das freiwillige Engagement ins Rampenlicht und gibt Gelegenheit, mit eigenen Veranstaltungen neue Freiwillige zu finden, Erfolge zu feiern und Wissen weiterzugeben. In diesem Jahr liegt der Schwerpunkt der Engagement-Woche auf dem Thema »Miteinander Zukunft gestalten«.

Bundesweit geplante Aktionen können in den [Engagement-Kalender](#) der Kampagne eingetragen werden.

Impressum

Dieser Newsletter wird herausgegeben von der Kölner Freiwilligen Agentur e.V. | Bereich "Politische Partizipation"

Redaktion: Leon Oerder, Dieter Schöffmann (v.i.S.d.P.), Boris Sieverts, | Ausgabe #2/2026 – 30.06.2026

Fotos: Alle Fotos © Kölner Freiwilligen Agentur e.V. – außer wenn anderweitig angegeben

Kölner Freiwilligen Agentur e.V. | Politische Partizipation, Clemensstr. 7, 50676 Köln, 0221 888278-16, beteiligen@koeln-freiwillig.de